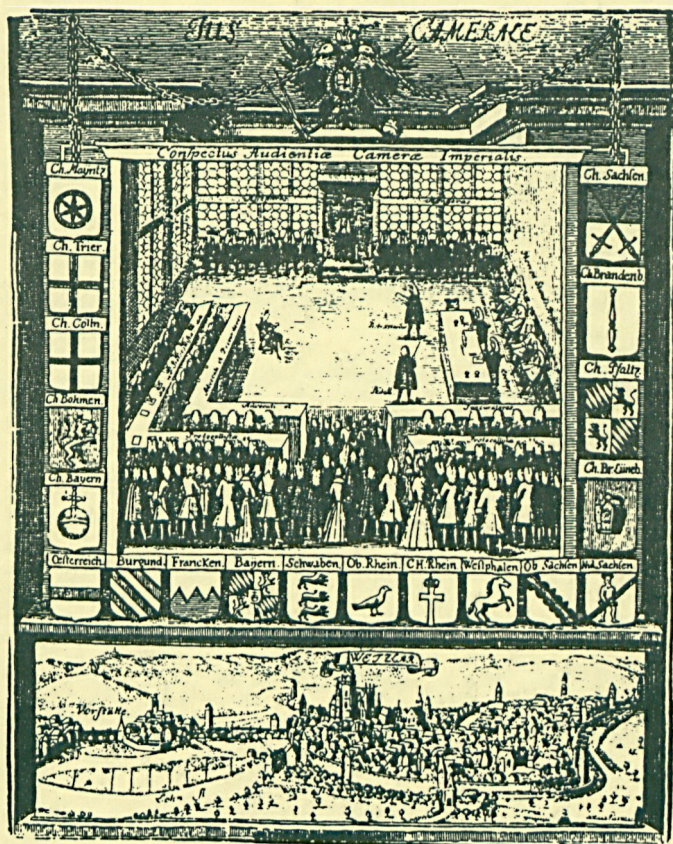


Prof. Dr. Bernhard Diestelkamp
 Das Reichskammergericht im Rechtsleben des
 Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation



Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichs-
 kammergerichtsforschung · Heft 1

Prof. Dr. Bernhard Diestelkamp

Schriftenreihe der
Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung

Heft 1

(Unveränderte Fassung des Vortrages vom
07. 12. 1984 im Stadthaus am Dom zu Wetzlar)

Wetzlar, 1985

Das Reichskammergericht im Rechtsleben des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation

Prof. Dr. Bernhard Diestelkamp

Das Reichskammergericht im Rechtsleben des
Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation

(Unveränderte Fassung des Vortrages vom

07. 12. 1984 im Stadthaus am Dom zu Wetzlar)



(c) Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung
Eigendruck 1985

2. Auflage: 1.000/07/88



1 A 37967

(Su. 36813 - 1 <2>)

-232 832-

Das Reichskammergericht im Rechtsleben des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation

Am 23. Dezember des Jahres 1784 – also vor zweihundert Jahren – konnte das Reichskammergericht hier in Wetzlar seine Arbeit in einem neuen Saal seines Gerichtsgebäudes aufnehmen. Es hielt dort die erste öffentliche Audienz ab. Obwohl der auf der Einladung abgedruckte Stich einige Jahrzehnte älter ist, vermittelt er doch einen guten Eindruck von diesem Gericht und seiner Arbeit. Wir sehen Kammerrichter und Assessoren auf der Richterbank sowie Advokaten, Prokuratoren, Kanzlisten und Protokollanten in erheblicher Zahl bei einer solchen Audienz versammelt. Aber auch Standespersonen und anderes Publikum konnten sich – wie das Bild zeigt – bei solchen Sitzungen im Gerichtssaal einfinden. Über diesen ersten, unmittelbaren Eindruck hinaus offenbart die Darstellung aber auch, daß sich auch im 18. Jahrhundert noch im Kammergericht das ganze Reich repräsentierte – mag sein Wirkungsbereich durch Exemtionen und Appellationsprivilegien auch schon stark eingeschränkt gewesen sein. Das beweisen jedenfalls die Wappen: Links und rechts sind es die der Kurfürsten – an der unteren Bildleiste befinden sich die der Reichskreise, die für die Präsentation der Assessoren, aber auch für die Exekution von Kammergerichtsurteilen zuständig waren. Den Sockel der Darstellung bildet

schließlich eine Ansicht der Stadt Wetzlar, dem Sitz des Reichskammergerichts seit 1693, nachdem die Richter vor den Franzosen aus Speyer hatten fliehen müssen. Wetzlar war also im 18. Jahrhundert eine der drei Städte, in denen Institutionen des Alten Reiches residierten: An erster Stelle steht Wien mit dem Kaiserhof und dem Reichshofrat – sodann kommt Regensburg mit dem Immerwährenden Reichstag – doch dann eben Wetzlar als Sitz des anderen höchsten Gerichts des Reiches. Der Name der Stadt wurde durch das Reichskammergericht weithin bekannt. Zudem wurde ihr durch diese Institution eine wenn auch bescheidene neue Wirtschaftsblüte geschenkt. In der Stadtgeschichte kann es also durchaus als ein bemerkenswertes Ereignis gelten, was vor zweihundert Jahren geschah.

Doch kann man dies mit derselben Berechtigung vom Reichskammergericht selbst sagen? Bieten die Ereignisse um dieses Gericht nicht – wie kürzlich in einer neueren Wetzlarer Veröffentlichung zu lesen war – lediglich Spielmaterial für lokalhistorische Forschungen, weil es bei seiner Tätigkeit nur noch um die schwerfällig-plump-spitzfindige Jurisdiktion des absterbenden Römischen Reiches Deutscher Nation ging – wie verdeutlichend hinzugefügt wurde? Man schließt sich damit den Klagen an, die schon Zeitgenossen über die langwierige Verfahrensweise und

die dadurch verursachte Überlänge der Prozeßdauer, über die mangelhafte Exekutionsmöglichkeit für seine Urteile und – gerade für die Wetzlarer Zeit – über Korruption, Skandale und Intrigen unter der Richterschaft erhoben haben. Wie einprägsam – weil so herrlich boshaft – ist die anekdotische Schilderung der Umstände, nach denen angeblich die Prozeßakten zur Bearbeitung gelangten – um nur eine dieser Geschichten wiederzugeben. Danach sollen die Akten in der Registratur vor Mäusefraß geschützt worden sein, indem man sie an Fäden von der Decke herunterhängen ließ. Die Mäuse hätten sich jedoch weiter darum bemüht, an das begehrte Papier zu kommen, indem sie die Fäden durchnagten. Immer wenn dies bei einem Aktenbündel geschehen sei, sei es zur weiteren Bearbeitung vorgelegt worden. Solche und ähnliche Geschichten haben dem Reichskammergericht eine schlechte Nachrede eingetragen. Allerdings gibt es daneben durchaus Berichte, in denen die Arbeit des Gerichtes gelobt wird. Zweifel an der Berechtigung des nur negativen Urteils weckt aber vor allem die große Zahl von Rechtssuchenden, die dem Reichskammergericht ihre Probleme anvertraut haben. Sollten mehr als 80 000 Zeitgenossen den kostspieligen Weg nach Speyer und später nach Wetzlar gewählt haben, um sich einem sinnlosen Zeremoniell auszusetzen? Die üble Nachrede kann also kaum die ganze Wahrheit treffen.

Nun sollte sich ein Historiker sowieso nicht damit begnügen, sich lediglich den Urteilen von Zeitgenossen anzuschließen. Er muß versuchen, das Gericht nach seiner Arbeit selbst zu beurteilen. Erst dann mag sich erweisen, ob sich die Waage stärker zur negativen als zur positiven Seite neigen wird. Wie aber kann man die Tätigkeit des Reichskammergerichts beurteilen? Dafür gibt es zwei Methoden.

Die eine versucht, aus dem Inhalt einzelner Verfahren zu ermitteln, welche Probleme das Gericht beschäftigt haben und wie es sie gelöst hat. Angesichts des Aktenberges von über 80 000 Prozessen können allerdings auf solche Weise bestenfalls jeweils einige Prozesse analysiert und dann daraus allgemeine Urteile abgeleitet werden. Die Auswahl der Akten kann dabei nur willkürlich sein, so daß niemand sagen kann, ob und wie weit sie wirklich signifikant sind. Das bei dieser Methode gewonnene Allgemeinurteil bleibt damit genauso anfechtbar wie die zeitgenössischen Berichte, die meist ja auch auf Einzelerfahrungen basierten.

Die andere Methode zieht daraus die Konsequenzen und begnügt sich mit der Verwertung formaler Kriterien, die dann aber für einen möglichst großen

Teil der riesigen Quellenmasse ermittelt werden. Diesen Weg ist zuerst Rudolf Smend gegangen in seiner noch heute weithin gültigen "Geschichte des Reichskammergerichts" aus dem Jahre 1911. Smend hat aus allen ihm zugänglichen Quellen zu ermitteln versucht, wieviele Prozesse pro Jahr beim Reichskammergericht anhängig gemacht wurden und wieviele Verfahren das Gericht jährlich durch Endurteil abschließen konnte. Er wandte damit auf diese Institution des Ancien Régime dieselbe Methode an, nach der man zu seiner Zeit wie auch heute noch Arbeitslast und Arbeitseffektivität von Gerichten zu messen pflegt. Auf diese Weise gelang es Smend, die dreihundertjährige Geschichte des Reichskammergerichts nicht nur nach ihrem äußeren Verlauf, sondern auch nach dieser Effektivität in verschiedene Perioden unterschiedlicher Intensität zu gliedern.

So verdienstlich dieser Schritt war, sowenig kann übersehen werden, daß die von Smend angewandte Methode der Verbesserung und Verfeinerung bedarf. Zum einen kann man heute auf Grund der besseren archivalischen Verzeichnung der Prozeßakten weit zuverlässigere Aussagen über die Struktur des Gesamtbestandes machen, wenn man sich dabei der Hilfe statistischer Methoden bedient. Zum anderen aber erweist sich der Vergleich der Neuzugänge mit der Zahl der Definitivsentenzen als unzureichend.

Selbst heute läßt sich daraus bestenfalls ein Urteil über die Arbeitseffektivität eines Gerichtes ableiten. Welche Bedeutung und Wirksamkeit Justiz in unserem Rechtssystem hat, erschließt sich daraus nicht. Um wieviel mehr gilt dies für eine Zeit, in der eine staatliche Gerichtsorganisation erst im Aufbau befindlich ist und das Erwirken eines vollstreckbaren Urteils keineswegs das primäre Prozeßziel war. Vielmehr stand in dieser Zeit im Vordergrund der Inanspruchnahme der Gerichte die Hoffnung auf irgendeinen verfahrensregulierten Ausgleich der widerstreitenden Interessen. Die Einschaltung des Gerichtes eröffnete häufig Möglichkeiten, den Streit auch ohne Urteil beizulegen. Zumindest wurde er dadurch entschärft.

Diese Perspektive läßt das Interesse an den Endurteilen schwinden und lenkt die Aufmerksamkeit auf ganz andere Fragen. Welche Parteien haben zum Beispiel aus welchen Regionen des Reiches das Reichskammergericht angerufen? Um welche Probleme stritt man sich vor diesem Forum? Zur Ermittlung dieser Angaben braucht man sich nicht der völlig unmöglichen Aufgabe zu unterziehen, den Inhalt der zahlreichen und dicken Aktenbündel zu studieren. Es genügt, die in den modernen Archivverzeichnissen und anderen Quellen enthaltenen Angaben herauszuziehen und zu verwerten. Dies ist gleichwohl eine ebenso langwierige wie methodisch schwierige Aufgabe,

der sich verdienstvoller Weise Filippo Ranieri in seiner Frankfurter Habilitationsschrift unterzogen hat. Seine Forschungen - wie im übrigen auch die einiger anderer Wissenschaftler - haben ganz neue Perspektiven für die Beurteilung der Geschichte des Reichskammergerichts eröffnet. Lassen Sie mich wenigstens die Umrisse dieses neuen Bildes knapp skizzieren:

Um das Neue sofort deutlich werden zu lassen, beginne ich mit der provokativen Behauptung: Es gibt nicht ein Reichskammergericht, sondern deren mindestens zwei, die sich trotz Kontinuität der äußeren Form in ihrer inneren Struktur wie in ihrem Wirkungsbereich grundlegend voneinander unterscheiden. Das Reichskammergericht, das 1693 seine Tätigkeit in Wetzlar aufnahm, hatte einen anderen Charakter als das, das in Speyer gewirkt hatte. Allerdings benutze ich die Kennzeichnung mit den beiden Namen nur der Einfachheit halber, da sich die Wandlung schon gegen Ende des 16. Jahrhunderts vollzog.

Diese Behauptung läßt sich schon bei einer Betrachtung des institutionellen Rahmens belegen. Äußerlich blieb das Reichskammergericht von seiner Errichtung im Jahre 1495 bis zu seinem Ende 1806 ein von Kaiser und Reichsständen gemeinsam getragenes Gericht. Allerdings verschoben sich die Gewichte

zwischen diesen beiden Partnern verschieden-
lich. Doch der einmal errichtete Rahmen blieb
erhalten. Nur wie unterschiedlich wurde er ausge-
füllt! Im 16. Jahrhundert war die Position eines
Reichskammergerichtsassessors meist nur Durch-
gangsstation auf dem Weg eines Juristen nach oben.
Nach einigen Jahren der Tätigkeit hatte man sich
qualifiziert für höhere Ämter beim Reich oder in
einer Territorialverwaltung. Ganz anders ist dies
in der Wetzlarer Zeit, wie wir durch die Forschun-
gen von Sigrid Jahns wissen. Nunmehr galt das Amt
eines Assessors am Reichskammergericht als erstre-
benswertes Endziel für eine gehobene Juristenkar-
riere. Dies hatte Konsequenzen für die Stellung
des Gerichts wie vor allem für seine innere Struk-
tur. Die Richterschaft blieb der Institution -
und damit im übrigen auch der Stadt Wetzlar - dauer-
hafter verbunden, als dies in Speyer der Fall ge-
wesen war. Die Juristen des Reichskammergerichts
bildeten einen eigenständigen, durchaus selbst-
bewußten Teil unter den Justizjuristen in Deutsch-
land.

Wichtiger als dieser Wandel der Binnenstruktur des
Gerichtes, zu dem es noch manche weitere Bemerkung
zu machen gäbe, sind allerdings die Veränderungen
in Wirkungsweise und Wirkungsbereich des Gerichts.
Auch hierfür blieb der äußere Rahmen unverändert, so
daß das täuschende Bild gleichbleibender Wirkung in

der Rechtsordnung des Alten Reiches entstehen konnte. So besaß und behielt das Reichskammergericht von 1495 bis 1806 folgende Aufgaben:

1. Es war Appellationsinstanz für die Anfechtung von Urteilen territorialer und reichsstädtischer Obergerichte in Zivilsachen. Damit übte es auf diesem Sektor die Kontrolle über die zur gleichen Zeit entstehende partikuläre Gerichtsbarkeit aus.
2. Ein zweites Kontrollinstrument der Reichsjustiz gegenüber der Jurisdiktion partikularer Gewalten waren Klagen wegen Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung durch Untergerichte sowie auch die Nichtigkeitsbeschwerde gegen Urteile territorialer und städtischer Gerichte mit der Behauptung grober Rechtsverletzungen. Beide Verfahrensarten waren im übrigen von Appellationsprivilegien nicht betroffen. Über sie blieben also auch diejenigen Territorien der Kontrolle durch die Reichsjustiz unterworfen, deren Herren sich im übrigen das Majestätsrecht der letztinstanzlichen Appellationsentscheidung durch den Kaiser hatten gewähren lassen.
3. Schließlich aber war das Reichskammergericht erstinstanzlich zuständig für Klagen wegen Bruchs des Reichslandfriedens sowie für Pro-

zesse von reichsunmittelbaren Ständen untereinander oder von Untertanen gegen ihre Obrigkeiten, soweit sie reichsunmittelbar waren.

Dies war der bis zur Auflösung des Gerichts konstant bleibende Kompetenzrahmen für seine Tätigkeit. Doch auch hier täuscht die glatte Oberfläche über grundlegende Veränderungen.

Schon die Entwicklung des Geschäftsanfalls generell war keineswegs gleichmäßig. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts nahm er rapide Formen an und führte zu einem nie wieder erreichten Höhepunkt gegen Ende des 16. Jahrhunderts. Dann fiel die Prozeßfrequenz genauso schnell wieder, so daß diese Verringerung des Interesses am Reichskammergericht nicht durch den Dreißigjährigen Krieg verursacht worden sein kann. Jedenfalls kam das Gericht nach Wetzlar schon in einem Zustand, in dem die Neuzugänge gerade so groß waren wie in den ersten Jahrzehnten nach 1495.

Diese Feststellungen gewinnen weitere Tiefenschärfe, wenn man berücksichtigt, wie unterschiedlich die verschiedenen, von mir genannten Verfahrensarten an dieser Entwicklung beteiligt waren. Anfangs war das Reichskammergericht weit überwiegend Appellationsinstanz. Bis zu 80 % der Neuzugänge bestanden damals aus Appellationen. Dagegen waren

auf dem Höhepunkt seiner Inanspruchnahme am Ende des 16. Jahrhunderts nur noch ein Drittel der Neuzugänge Appellationsklagen, während zwei Drittel erstinstanzliche Prozesse waren. Auf diese ist also das enorme Anschwellen des Geschäftsanfalls in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zurückzuführen und nicht auf eine Steigerung der Appellationstätigkeit. Damit gewinnt das Reichskammergericht aber eine neue Dimension im Rechtsleben des Alten Reiches, die für die Wetzlarer Zeit das Bild viel nachhaltiger bestimmt als die Kontrollfunktion über partikulare Gerichte in Zivilsachen.

Doch nicht nur im Verhältnis der Verfahrensarten zueinander ist ein Funktionswandel seit der Mitte des 16. Jahrhunderts zu beobachten, sondern auch innerhalb der von mir genannten Zuständigkeiten bleiben die Verhältnisse nicht konstant. Wenn die Appellationsklagen der Anfangsphase fast ausschließlich aus den Reichsstädten des Südens und Südwestens stammten, so setzte sich damit beim Reichskammergericht nur das fort, was schon seit der Mitte des 15. Jahrhunderts begonnen hatte. Die Tradition der Königsnähe dieser Landschaften und der reichsstädtischen Oberschicht übertrug sich damit auf die 1495 neugeschaffene Institution. Gleichfalls nur Fortsetzung eines aus dem Mittelalter stammenden Trends bedeutet es, daß der Norden und

Osten des Reiches das Reichskammergericht nicht als Kontrollinstanz für die Urteile der dortigen Territorialgerichte akzeptierte. Interessanterweise veränderte sich zur Mitte des 16. Jahrhunderts diese Lage grundlegend. Der Anteil an Appellationen aus dem bisherigen Einzugsbereich des Gerichts in Franken, Schwaben und dem Elsaß ging drastisch zurück. Die dort besonders stark ausgeprägte Bindung an den Kaiser lenkte nunmehr offenbar diesen Strom stärker nach Wien, wo der Reichshofrat arbeitete. Umso bemerkenswerter ist es aber, daß diese Einbuße ausgeglichen wurde durch einen wachsenden Anteil von Appellationen aus den nördlichen und östlichen Regionen des Reiches, womit zugleich bewiesen ist, daß deren anfängliche Abstinenz nicht durch das Vorhandensein von Appellationsprivilegien verursacht worden sein kann. So entwickelten sich die Grafschaft Ostfriesland sowie die Herzogtümer Jülich und Braunschweig-Lüneburg mit allen Teilfürstentümern, Pommern sowie die Bistümer Hildesheim, Münster und Paderborn zu Hauptlieferanten für Appellationen an das Reichskammergericht.

Zugleich änderte sich auch die ständische Zusammensetzung der Klientel, die nach Speyer strebte. An die Stelle der reichsstädtischen Oberschicht, die das Gericht in typisch bürgerlichen Sachen

angerufen hatte, schob sich nun der niedere Adel Nord- und Ostdeutschlands mit Appellationen gegen Urteile fürstlicher Obergerichte in eher feudalen Problembereichen. In dem Bereich der Appellationszuständigkeit wurde das Reichskammergericht also zu einer Institution, die bevorzugt von der adligen Führungsschicht der altständischen Gesellschaft genutzt wurde.

Daß sich schließlich vornehmlich der Adel aus bisher königsfernen Regionen des Reichskammergerichts bediente, ist ein für das Verfassungsgefüge des Reiches in der frühen Neuzeit wesentliches Element. Immerhin hatte sich nördlich des Mains überwiegend die Reformation durchgesetzt, wodurch die dort vorhandene zentrifugale Tendenz weiter hätte verschärft werden können. Durch die Einbindung in das Rechtsschutzsystem des Reiches ergab sich eine neue Klammer, die diese Gebiete wieder stärker dem Reich zuführte. Nicht ohne Grund verweigerte der Kaiser im Westfälischen Frieden 1648 der Schwedischen Krone die erstrebte Exemption ihrer auf Reichsboden erworbenen Besitzungen Pommern, Bremen, Verden und Wismar. Dadurch wäre dieses rechtliche Band vollständig zerschnitten worden. Dagegen blieb dieses wichtige Element verfassungsrechtlicher Bindung selbst bei einem illimitierten Appellationsprivileg erhalten, wie es Schweden schließlich konzediert werden mußte.



Noch stärker als im Appellationssystem konnte sich das Reichskammergericht jedoch bei den erstinstanzlichen Verfahren im Sinne laufender Anpassung, aber auch Stabilisierung der Reichsverfassung bewähren. Lassen Sie mich das anhand der drei wichtigsten Fallgruppen demonstrieren:

Nach langen Debatten während der Reichsreformdiskussion des 15. Jahrhunderts war das Reichskammergericht auch mit der Aufgabe betraut worden, über Klagen wegen Bruchs des Reichslandfriedens zu entscheiden. Wie wichtig diese Kompetenz war, erweist sich daran, daß es diese Klagen waren, die nächst den Appellationen das Gericht in der Anfangsphase am meisten beschäftigt haben. Dabei ging es entweder um Vorgänge im Zusammenhang mit der Säkularisation von Kirchengütern oder aber um die gewaltsame Inanspruchnahme streitiger Hoheits- oder Jurisdiktionsrechte durch einen der beiden konkurrierenden Herrschaftsträger. In beiden Konfliktslagen stellte die eigenmächtige Durchsetzung eine nachhaltige Störung des Landfriedens dar. Es war daher ein wichtiger Schritt zur Entschärfung dieses Konfliktpotentials, daß zunehmend die erste Gewaltanwendung nicht mehr mit Gegengewalt beantwortet wurde, sondern mit einer Friedensbruchklage vor dem Reichskammergericht. Diese friedewirkende

Kraft des Rechtsverfahrens trat selbst dann ein, wenn die Urteilsvollstreckung schließlich fraglich wurde. Immerhin zeigt das Beispiel des Götz von Berlichingen, daß sogar einen so hartnäckigen Friedensstörer schließlich die vom Reichskammergericht über ihn ausgesprochene Reichsacht zu Boden zwingen konnte.

Obwohl in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts solche Landfriedensbruchklagen nachließen, ist dies kein Indiz dafür, daß das Reichskammergericht seine ihm übertragene Aufgabe schlecht erfüllt hätte. Im Gegenteil: Nunmehr nahm die Zahl erstinstanzlicher Prozesse zwischen konkurrierenden Herrschaftsträgern um solche streitigen Rechtspositionen zu. In der feudalen Führungsschicht hatte sich also die Anschauung durchgesetzt, daß es besser sei, solche Streitigkeiten unmittelbar dem Reichskammergericht zu unterbreiten. Da es im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation keine starke Zentralgewalt gab, die den von zahllosen Konflikten begleiteten Prozeß der Ausbildung des Territorialstaates hätte regulieren können, mußten Reichskammergericht und Reichshofrat die Funktion übernehmen, diese Streitigkeiten in friedliche, vom Recht gewiesene Bahnen zu lenken.

Zu diesem Zweck wurde im übrigen in der Mitte des 16. Jahrhunderts sogar eine Art Schnellverfahren eingeführt: der Mandatsprozeß. Wenn ein Kläger es beantragte, erließ das Reichskammergericht allein auf sein Vorbringen hin ein Mandat, mit dem dem Beklagten untersagt wurde, die Rechte des Klägers weiter zu beeinträchtigen. Erst wenn diesem Mandat nicht Folge geleistet wurde, ging das Verfahren in den ordentlichen Prozeß über. Der Mandatsprozeß gab dem Reichskammergericht ein Mittel an die Hand, schnell auf Rechtsverletzungen zu reagieren. Es mag dahinstehen, wie häufig allein auf Grund eines solchen Mandates der gewünschte Erfolg erzielt wurde. Immerhin machten die Rechtssuchenden in erstaunlichem Umfang von diesem Verfahren Gebrauch, wie die Verdoppelung des Anteils der Mandatsprozesse in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts schlagend beweist. Offenbar war schon die Hoffnung auf Überleitung der Konfliktregulierung in verfahrensgelenkte Bahnen für zahlreiche Parteien ausreichend genug, um zu diesem Rechtsbehelf zu greifen.

Daß der Erfolg jedenfalls nicht das ausschlaggebende Kriterium für ein Urteil über diese Tätigkeit des Reichskammergerichts sein muß, mag ein Blick in Goethes 'Dichtung und Wahrheit' zeigen. Dort sagt Goethe über die Arbeit der Assessoren, ohne Anstände zu verschweigen:

"... Frisch arbeiten sie weg alles, was kurz abgetan werden kann und muß, was über den Augenblick entscheidet oder was sonst leicht beurteilt werden kann; und so scheinen sie im ganzen Reiche wirksam und würdig. Die Sachen von schwererem Gehalt hingegen, die eigentlichen Rechtshändel, blieben im Rückstand - und es war kein Unglück. Dem Staate liegt nur daran, daß der Besitz gewiß und sicher sei; ob man mit Recht besitze, kann ihn weniger kümmern. Deswegen erwuchs aus der nach und nach aufschwellenden, ungeheuren Anzahl von verspäteten Prozessen dem Reiche kein Schade."

Der Laie mag erstaunt sein. Für ihn könnte es zynisch klingen, daß gesagt wird, den Staat brauche es weniger zu kümmern, ob jemand mit Recht besitze. Der Jurist wird jedoch die Ansicht des Geheimen Rates und Staatsministers teilen, daß die Funktion der Rechtsordnung als eine Friedensordnung eine der größten Errungenschaften der Rechtsgeschichte ist. Der Friedenszustand wird aber durch den Schutz des Besitzes gewährleistet. An dieser Verrechtlichung zur Herstellung des inneren Friedens mitgewirkt zu haben, bleibt damit ein unsterbliches Verdienst des Reichskammergerichts - zumal in einer Verfassungsordnung, der die friedensschaffende Macht einer starken Zentralgewalt fehlte.

Die letzte Fallgruppe sind die sogenannten Untertanenprozesse. Nach den Untersuchungen von Ranieri nahm die Zahl der Klagen von Bauern gegen ihre Grundherren wegen Veränderung der Dienste, Abgaben – vor allem Zehnte – in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts spürbar zu. Das ist offenbar eine Folge der Bestimmung des Reichsabschiedes von 1525, wonach Bauern gegen unrechte Behandlung durch ihre Grundherrschaft beim Reichskammergericht klagen können sollten, sofern es sich um einen reichsunmittelbaren Stand handelte. Damit reagierte der Reichstag – anders als alle anderen Länder in Europa – auf den Bauernkrieg nicht allein mit der Anordnung von Repression, sondern auch mit der Öffnung des Justizsystems als Ventil für zukünftige Beschwerden. Aus einer Reihe von Untersuchungen ist mittlerweile auch bekannt, daß die Bauern in solchen kammergerichtlichen Prozessen eine reale Chance hatten, zu ihrem Recht zu kommen.

Diesen Prozessen aus dem Bereich der Grundherrschaft schlossen sich im 17. und 18. Jahrhundert Klagen von Untertanen gegen ihre Obrigkeit wegen Einführung neuer Steuern, Abgaben und Verpflichtungen wie etwa zum Militärdienst an. Allen diesen Verfahren ist gemeinsam, daß der sich ausbildende Staat der frühen Neuzeit seine Staatsgewalt nach innen nur durchsetzen konnte, wenn er tradierte Privilegien, Rechte und Regeln ver-

letzte. Genau wie bei den Verfahren aus dem Bereich der Grundherrschaft, die sich gleichfalls gegen Beeinträchtigung überkommener Rechtspositionen richteten, sind darauf zwei Reaktionen denkbar:

Im einen Fall gehen die Betroffenen gewaltsam gegen die vermeintliche Verletzung ihrer Rechte vor. Sie leisten gegen die Neuerung Widerstand bis hin zur offenen Rebellion. Dadurch wird nicht nur der innere Friede konkret gefährdet, sondern auch die Stabilität des Gesamtsystems berührt. In solchen Fällen ist nicht absehbar, ob sich die Rebellen damit begnügen, die Abschaffung der beanstandeten Neuerung zu verlangen, oder ob sie schließlich die Herrschaft als solche infragestellen werden.

Beide Gefahren für Staat und Gesellschaft werden vermieden, wenn solche Konflikte dem Justizsystem anvertraut werden. Wer verhandelt, übt keine Gewalt, solange er Hoffnung haben kann, auf dem Rechtswege etwas zu erreichen. Insbesondere wird aber durch das prozessuale Verfahren das Konfliktpotential strikt auf die konkreten Beschwerden begrenzt. Die Obrigkeit als solche bleibt dabei unangefochten. Genau dies meinte ein Prokurator am Reichskammergericht, der nach der Französischen Revolution mit Emphase erklärte, daß es in Deutschland einer solchen

Revolution nicht bedürfe, da es im Reich das Reichskammergericht gebe, bei dem jeder Untertan Hilfe gegen Willkür seiner Herrschaft oder den Übermut fürstlicher Behörden erhalten könne. In dieselbe Richtung zielen andere Äußerungen, daß das Reichskammergericht die Menschenrechte der Untertanen geschützt habe.

Dies alles mag deutlich gemacht haben, daß es für die Einschätzung der Bedeutung des Reichskammergerichts auch in seiner Endphase nicht ausreicht, die Verringerung der Prozeßfrequenz und Intrigen unter den Richtern zu beklagen. Seiner Tätigkeit kam offenbar eine größere Bedeutung zu, als sich in Zahlen und Skandalen ausdrückt. Gerade weil die Reichsjustiz - denn dies gilt auch und verstärkt für den Reichshofrat in Wien - durchaus erfolgreich in das Verhältnis zwischen Obrigkeit und Untertanen hineingewirkt hat, konnte sich in der Tat in Deutschland die Anschauung bilden und durchsetzen, daß blutige Revolutionen unnötig seien, solange nur die Staatsgewalt rechtlich reagierte. Das spezifisch deutsche Vertrauen auf die Reform von oben hat hier eine ihrer Wurzeln - nicht etwa in besonderem Untertanengeist der Deutschen.

Aber auch die spezielle Entwicklung des Rechtsstaats in Deutschland ist ohne diese Komponente nicht zu deuten. Während sich in Westeuropa der Rechtsstaat als ein auf Wahrung der Menschenrechte ausgerichtetes politisches System entfaltete, führte die vom Reichskammergericht maßgeblich mitgeprägte historische Erfahrung der Deutschen zur Form des Rechtswegstaates. Die Wahrung der Bürgerrechte glaubte man den Gerichten anvertrauen zu können, ohne daß sich das politische System grundlegend ändern mußte. Schließlich geht die notorische Prozeßfreudigkeit der Deutschen gerade auch im öffentlichen Bereich sicherlich darauf zurück, daß sich das Reich als Justizstaat bewährt hatte. So wird man das Wirken des Reichskammergerichts wohl kaum weiter als bedeutungslos bezeichnen können.

Lassen Sie mich mit diesen Ausblicken auf das 19. und 20. Jahrhundert schließen. Ich habe Ihnen keine Geschichten über das Reichskammergericht erzählt, was vielleicht amüsanter für Sie gewesen wäre - und deren gibt es genügend. Vielmehr habe ich versucht, einige Punkte aufzuzeigen, die es rechtfertigen zu sagen, daß die nicht

zu leugnenden Schattenseiten keineswegs den Gesamteindruck bestimmen sollten. Die dreihundertjährige Geschichte des Reichskammergerichtes ist es wert, daß man sich ihr endlich verstärkt zuwendet. Es können dabei sogar Einsichten in tiefwirkende Strömungen der deutschen Geschichte geweckt werden.

SBIRK
N12<106502497010

